

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/02/2011  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Dienstag, 12.04.2011  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16.00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anfrage der FDP-Fraktion zum Projekt "Offensive frühe Chancen":  
Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration  
Vorlage: 0340/2011
4. Anliegen der Jugendräte
5. Bündnis für Familien
6. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
7. Vorstellung des Projektes "Regionales Übergangsmanagement"  
(Perspektive Berufsabschluss)
8. Kindertageseinrichtung Jungfernbruch  
Vorlage: 0047/2011
9. Mitteilung Kindertageseinrichtung Jungfernbruch/Grundschule  
Friedrich - Harkort Westerbauer  
Vorlage: 0184/2011
10. Offene Ganztagschule  
- Anpassung der Finanzierung  
- Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen zum Schuljahr 2011/2012  
Vorlage: 0222/2011
11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und die Gäste ganz herzlich zur Jugendhilfeausschusssitzung. Er stellt Frau Reusch vom Schulamt und Frau Kronenberg vom Jobcenter vor und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit.

Er teilt mit, dass es ein neues Aufnahmeverfahren gebe und bittet die Anwesenden in diesem Zusammenhang auf Wunsch der Schriftführerin, zu Beginn ihres Wortbeitrages immer das Mikrophon anzuschalten, da die Anlage das Gesagte andernfalls nicht aufzeichne.

Er nimmt die Verpflichtung von Herrn Talash, Frau Borggräfe und Frau Putela vor, die im JHA den Jugendrat vertreten.

Anschließend gratuliert er dem Beigeordneten Herrn Dr. Schmidt nachträglich zum Geburtstag und wünscht ihm auch im Namen des Ausschusses alles Gute.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Steuber berichtet zur Gemeindenahen Therapie, dass man der Presse habe entnehmen können, dass deren Belegschaft beunruhigt sei. Es habe in der Zwischenzeit beim Oberbürgermeister mit der Geschäftsführung der Arbeiterwohlfahrt ein Gespräch gegeben. Ein weiteres Gespräch mit den Geschäftsführungen der Diakonie Südwestfalen und der Arbeiterwohlfahrt sei für den 19.05.2011 vorgesehen. Es gebe nach wie vor ein Interesse der Arbeiterwohlfahrt, an einer gemeinsamen Konstruktion mitzuarbeiten. Es sei schwierig für die Verwaltung, da man seit dem 01.01.2011 nicht mehr im operativen Geschäft tätig sei, sondern nur noch im Zusammenhang mit der Personalgestellung des städtischen Personals.

Er informiert weiterhin darüber, dass das Bildungs- und Teilhabepaket jetzt umgesetzt werde. Die notwendigen Absprachen mit dem Jobcenter seien getroffen worden. Offen sei noch die Frage, ob die Antragstellung und Bearbeitung für den Empfängerkreis nach SGB XII auch im Jobcenter wahrgenommen werden könne.

Zum Projekt „Frühe Hilfen“ informiert er darüber, dass es eine Spende in Höhe von 100.000 € der Sparda Bank gegeben habe. Diese sei zunächst für das

Kunstquartier vorgesehen gewesen. Man habe den Vorschlag gemacht, mit diesem Geld Hebammen für den Einsatz in Familienzentren, in Sozialraumteams und bei Willkommensbesuchen etc. zu finanzieren.

Am 05. April habe die Auftaktveranstaltung „Sicher handeln im Schulalltag“ stattgefunden. Ziel sei, im Schulalltag zur Abwehr von Gewalt und im Falle der sogenannten Amoklage qualifizierte Schulteams zur Verfügung zu haben. Man sei in Hagen in der glücklichen Situation, dass das Land Schulpsychologen bereit gestellt habe und diese daran mitwirken könnten.

Man sei zusammen mit dem Polizeipräsidium Hagen vom Innenminister als Standort ausgewählt worden, in einem Projekt „Prävention Jugendkriminalität“ tätig zu sein. Psychologische Fachkräfte sollten in die Polizeiarbeit eingebunden werden, um hochgradig kriminalitätsgefährdeten Kindern eine Begleitung anbieten zu können.

Gemeinsam mit der Agentur Mark, dem Märkischen Arbeitgeberverband und dem Jobcenter habe man den Zuschlag erhalten, ab 01.05.2011 das Projekt „Netzwerk Alleinerziehende“ durchzuführen.

Die Schriftführerin Frau Hogrebe informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Möglichkeit bestehe, sich über die zu beratenden Vorlagen im Ratsinformationssystem zu informieren und diese papierfrei aufzurufen. Wenn man dazu bereit sei, könne man sich an sie wenden und erhalte in Zukunft nur die schriftliche Einladung und ggf. etwaige Broschüren, die nicht im Netz eingestellt werden könnten.

Herr Fischer berichtet, dass man bei dem Aktionsplan „Toleranz und Demokratie“ eine Förderung des Bundes in Höhe von 40.000 € bekommen habe. Jetzt bekäme man noch einen Nachschlag in Höhe von 25.000 €. Diesen Betrag könne man im Rahmen des Aktionsbündnisses noch in Aktivitäten umsetzen.

Herr Strüwer freut sich über die zahlreichen positiven Nachrichten und dankt den beteiligten Akteuren für ihre Bemühungen.

Herr Koslowski möchte zum Bildungs- und Teilhabepaket wissen, wie die abgesprochenen Regelungen mit dem Jobcenter aussähen.

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass alle Anträge beim Jobcenter gestellt werden könnten.

**3. Anfrage der FDP-Fraktion zum Projekt "Offensive frühe Chancen":  
Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration  
Vorlage: 0340/2011**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Leicht informiert darüber, dass an dem Projekt insgesamt 12 Einrichtungen teilnahmen. Zwei Einrichtungen seien im Nachgang noch genehmigt worden.

Es handele sich um ein Bundesprojekt, das jährlich mit 25.000 € finanziert würde. Es versetze die Einrichtungen in die Lage, eine halbe Stelle für den Bereich Sprachförderung bei den U-3-jährigen einzurichten. Die Finanzierung laufe bis zum Jahr 2014.

Er halte das für ein sinnvolles Projekt. Für das nächste Jahr könnten noch 1.000 Einrichtungen zu den bestehenden hinzukommen. Er regt die Träger an, sich dafür zu bewerben.

#### **4. Anliegen der Jugendräte**

Frau Borggräfe beschreibt die personelle Situation des Jugendrates. Die Verwaltungsstelle von Frau Schwarz solle ab Oktober dieses Jahres eingespart werden. Die Stelle von Frau Schwanke solle ab 2012 in eine halbe Stelle umgewandelt werden. Es seien bereits Aufgaben auf die freien Träger umgeschichtet worden. Die Hauptaufgaben des gesamtstädtischen Jugendrates sollten weiterhin beim Kinder- und Jugendbüro bleiben. Für die Bezirke würden die Träger dann Ansprechpartner sein.

Herr Hannusch ergänzt die Ausführungen von Frau Borggräfe. Man habe versucht, die vielfältigen Aufgaben auf viele Schultern zu verteilen.

Herr Strüwer betont, dass der Wunsch bestanden habe, die Jugendräte in den Bezirken zu unterstützen. Die ersten Schritte dazu seien getan. Die Anbindung in den Stadtteilen an Einrichtungen sei vorbereitet. Die entsprechende Anbindung an die Bezirksjugendpflege sei ebenfalls vorbereitet. Jetzt gehe es darum, die Planungen mit Leben zu füllen. Der Ausschuss wünsche dem neuen Konstrukt viel Erfolg.

#### **5. Bündnis für Familien**

Herr Steuber berichtet, dass das Bündnis für Familien an die Stadt herangetreten sei und beabsichtige, gegen Ende dieses Jahres die Familienkarte wieder aufzulegen. Es stelle sich die Frage, wie ein Sponsor, der bereit sei, die Karte zu drucken, an die erforderlichen Daten kommen könne, ohne datenschutzrechtliche Bestimmungen zu verletzen. Man sei derzeit dabei, eine Lösung mit dem Datenschutzbeauftragten des Landes zu konzipieren.

Es sei möglich, dass man den JHA und den Rat der Stadt Hagen um ein Votum in dieser Sache bitten müsse, dass dieses Projekt unterstützt würde.

Herr Strüwer gibt zu verstehen, dass sich der Ausschuss in diesem Zusammenhang gern bemühen lasse. Es handele sich dabei um eine gute Zielsetzung.

## 6. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack weist auf die ausgelegten Tischvorlagen hin (**siehe Anlagen 1 und 2 zu TOP 6**), in der die Belegung zum Kindergartenjahr 2011/2012 in den verschiedenen Kindertageseinrichtungen dargestellt sind.

Sie berichtet über den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen. Sie stellt die Meldung zum 15.03.2011 (**siehe Anlage 3 zu TOP 6**) vor.

Herr Steuber ergänzt die Ausführungen von Frau Haack bezüglich der Übernahme von Betriebskosten der Träger im Rahmen der U-3-Betreuung dahingehend, dass ja bekannt sei, dass man sich lange Zeit beim Innenminister darum bemüht habe, die Genehmigung zu erhalten, freiwillige Zuschüsse an Träger bewilligen zu dürfen. Seit Ende letzten Jahres liege eine Antwort vor, dass im Einzelfall eine Duldung der Zahlung erreicht werden könne, wenn nachgewiesen würde, dass es sich um die kostengünstigere Variante handele, wenn die Stadt Hagen den Zuschuss bewillige, als unmittelbar selbst in die Trägerschaft einzusteigen. Das sei jetzt in einem ersten Fall in einem Kindergarten in Haspe gelungen. Es lägen noch 30 andere Anträge vor, die jetzt kurzfristig abgewickelt werden müssten. Hier sei man jetzt guter Hoffnung, nachdem nun die Methodik des Nachweises gelungen sei.

Die Abrechnung des Kindergartenjahres 2008/2009 sei bis Ostern abgeschlossen. Auch das Kindergartenjahr 2009/2010 werde noch im Mai / Juni des Jahres mit den entsprechenden Bescheiden angegangen.

Die Verwaltung habe einen Vertrag entwickelt, was Verpflichtungszusagen des Trägers angehe. Die benötigten Finanzmittel seien kalkuliert worden. Es gehe dabei nicht nur um zukünftige Anträge, sondern auch um Anträge aus 2008, 2009 und 2010, die nicht beschieden worden seien. Für das laufende Kindergartenjahr gehe es um einen zu übernehmenden Trägeranteil in Höhe von 700.000 € zuzüglich Invest. Beim Invest gehe es um eine Summe in Höhe von 150.000 €, das man für das kommende Kindergartenjahr noch benötigen werde. Man sei derzeit dabei, dafür eine Vorlage zu erstellen, die zusätzlichen Mittel bereitstellen zu lassen. Die Vorlage solle am 12.05.2011 im Rat präsentiert werden.

Er schlägt vor, die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses, die am 19.05.2011 stattfinden sollte, ggf. vorzuziehen, um die Vorlage noch vor der Ratssitzung zu beraten.

Dr. Schmidt erklärt, dass für ihn die politische Bewertung interessant sei. Trotz des demographischen Wandels habe man die gleiche Situation wie zu GTK-Zeiten. Es würden wieder Gelder an die Träger gezahlt, obwohl das durch Kibiz abgeschafft worden sei.

Man müsse sich offensichtlich von U-3-Quoten verabschieden. Die gesetzliche Quote sei nicht zu erreichen. Es stelle sich die Frage, ob die gesamte Kindergartenbedarfsplanung überarbeitet werden müsse. Man habe den Schulentwicklungsplaner gebeten, parallel zur Schulentwicklungsplanung auch die Kindergartenbedarfsplanung mit einzubeziehen.

Herr Strüwer zeigt sich davon überrascht. Es gehe um 5.300 Kinder, die in Hagen versorgt werden müssten. Diese seien alle mit einem Kindergartenplatz versorgt. Zusammen mit den Betriebskindergärten läge man ca. bei 100 Einrichtungen. Wenn man dann sehe, dass das genau passe, müsse man feststellen, dass hier exzellent gearbeitet worden sei. Aufgrund der ganzen Unwägbarkeiten sei es unabdingbar, eine Neubewertung vornehmen zu müssen. Er habe mit dem Fachbereichsleiter Herrn Steuber vereinbart, dass bei den Planungen bereits auf das Anmeldeverfahren 2012/2013 abgestellt werden müsse. Man müsse schon in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nach der Sommerpause konkreter werden.

Die Träger stünden finanziell ziemlich unter Druck. Es sei festzustellen, dass die Verfahrensweise mit den Eigenanteilen in Nordrhein-Westfalen ganz unterschiedlich gehandhabt würde. Es sei daher sinnvoll, ggf. eine Sondersitzung zwischen dem 10. und 12. Mai 2011 einzuberufen oder die Mai-Sitzung des JHA vorzuziehen.

Frau Klos-Eckermann bedankt sich bei Frau Haack für die jährlich vorgelegten Zahlen. Sie fühle sich von der Verwaltung gut informiert. Sie bezieht sich auf die Aussage von Frau Haack, dass der Bedarf im Bereich der U-3-Betreuung gedeckt sei. Andererseits habe man eine Betreuungszahl von 19 %. Im letzten Jahr habe man ca. 2 % darüber gelegen. Diesen Widerspruch bäte sie aufzuklären.

Frau Haack antwortet, dass „gedeckt“ in dem Zusammenhang bedeute, dass die Nachfrage in diesem Jahr nicht größer sei. Man habe zwar weniger Plätze, aber es gebe auch eine geringere Nachfrage danach. Von daher gebe es in diesem Jahr keine nichtversorgten Kinder.

Herr Reinke bedankt sich auch für das umfangreiche Zahlenmaterial. Er bemängelt jedoch, dass er die Zahlen erst jetzt bekäme, da er diese früher gebraucht habe. Wenn die Zahlen bis zum 15.03.2011 vorgelegen hätten, hätten sie ja mit der Einladung versandt werden können.

Herr Strüwer macht deutlich, dass der Jugendhilfeausschuss Wert darauf lege, dass die Nachfrage gedeckt sei und nicht, dass Bedarfszielsetzungen erfüllt seien. Ihn verunsichere die Situation, dass man quasi im U-3 – Bereich auf einem nachfragegedeckten Niveau sei und die erwartete höhere Nachfrage nicht eingetreten sei. Es sei wichtig, in den kommenden Monaten die richtigen Weichen zu stellen.

## **7. Vorstellung des Projektes "Regionales Übergangsmanagement" (Perspektive Berufsabschluss)**

Herr Schulz stellt in seiner Funktion als Geschäftsführer der Agentur Mark das Projekt „Regionales Übergangsmanagement“ vor (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Monkos ergänzt die Ausführungen von Herrn Schulz.

Herr Strüwer zieht das Resümee, dass der Vortrag verdeutlicht habe, wie wichtig eine solche Schnittstelle sei, die den Betroffenen beim Übergang in den Beruf Unterstützung biete. Er bedankt sich bei den Vertretern der Agentur Mark und wünscht für die weitere Arbeit alles Gute und viel Erfolg.

## 8. Kindertageseinrichtung Jungfernbruch Vorlage: 0047/2011

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, die Vorlagen zu TOP 8 und 9 zusammen zu beraten.

Herr Dr. Schmidt erläutert die Vorlagen.

Herr Reinke merkt an, dass bereits im Jahre 2009 intensiv über die Einrichtung Jungfernbruch diskutiert und dazu ein einstimmiger Beschluss gefasst worden sei. Ergebnis sei hierbei gewesen, dass man die Verlagerung aus finanziellen Gründen nicht habe vornehmen können. Im Mai 2010 habe man dann den Kindergartenbedarfsplan ausführlich diskutiert und auch diesen einstimmig beschlossen. Dort stünde, dass die Einrichtung Jungfernbruch noch 3-5 Jahre betrieben werden könne. Wie einer Mitteilung aus der BV Haspe aus September 2010 zu entnehmen sei, habe es einen Ortstermin mit vielen Beteiligten gegeben, um zu ermitteln, wie eine Verlagerung vorgenommen werden könne. Er habe den Eindruck, dass hier Tatsachen geschaffen werden sollten, dass man bereits Räume in der Friedrich-Harkort-Schule belegen wolle, um dann keinen Platz mehr zu haben, wenn man möglicherweise die Spielbrinkschule oder eine andere Schule im Bezirk schließen wolle. Er sei über das Vorgehen der Verwaltung sehr verwundert, entgegen der gefassten politischen Beschlüsse weiter vorzugehen. Welche Kosten würden bei der Umsetzung der Maßnahme entstehen? Er bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Dr. Schmidt erläutert, dass der Vergleich beider Lösungen in Form eines Neubaus oder einer Implementierung nur eine geringe Differenz aufgewiesen habe. Der Frage, wie lange die Einrichtung tatsächlich betrieben werden könne, habe zu dem Druck geführt, die Entscheidung erneut zu überdenken. Ausschlaggebend sei gewesen, dass von Seiten der Schulentwicklungsplanung festgestellt worden sei, dass in Haspe 1 – 1,5 Grundschulen zu viel vorhanden seien. Daher habe man versucht, dem Schulleiter zu verdeutlichen, dass das auch ein Weg sei, wie man nicht nur mit Hilfe des Offenen Ganztages intelligent seine Schule fülle und damit den Standort sichere. Es sei auch eine Möglichkeit, Schule zu einem interessanten Marketingkonzept für Eltern zu machen. Diese hätten dann unter Umständen ihre Kinder 6 bis 8 Jahre an einem Standort.

Die Bezirksvertretung habe an diesem Vorgehen auch ein großes Interesse und stütze es daher auch. Man habe die Kosten dabei immer im Auge.

Herr Hermann fügt einen weiteren Gesichtspunkt hinzu, dass, bevor man Fläche ausweitet und damit auch zusätzliche Betriebskosten in Kauf nehmen müsse, man versuchen wolle, mit den vorhandenen Räumlichkeiten auszukommen.

Herr Steuber weist auf den glücklichen Umstand hin, dass man keinem Zeitdruck unterliege und daher eine genaue Analyse und eine Bewertung vornehmen könne. Man habe auch eine alternative Variante geprüft.

Frau Klos-Eckermann bewertet es als eine weitere interessante Variante, die weiter verfolgt werden sollte. Der vorhandene Bedarf müsse ja auf irgendeine Weise erfüllt werden. Sie bäte darum, dass der Ausschuss beim weiteren Vorgehen mit einbezogen werde.

Herr Strüwer erklärt, dass eine Vernetzung der Schul- mit der Jugendhilfepolitik ganz wichtig sei. Er bittet Herrn Hermann um eine Stellungnahme.

Herr Hermann gibt zu bedenken, dass man im Moment gerade an der Schwelle einer neuen Schulentwicklungsplanung über ein externes Büro sei. Gerade im Bereich der Grundschulen werde es auch wieder eine stadtteilbezogene Darstellung und letztlich auch Maßnahmevorschläge geben. Der Schulentwicklungsplaner sei im Hinblick auf die Maßnahme noch ergebnisoffen. Dann könne Politik darüber entscheiden.

Herr Strüwer merkt abschließend an, dass man in dieser Sache am Ball bleiben werde.

### **Beschluss:**

Der Zwischenbericht zur Verlagerung der Kindertageseinrichtung Jungfernbruch wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen      |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen         |
| <input type="checkbox"/>            |                               |
-



9. **Mitteilung Kindertageseinrichtung Jungfernbruch/Grundschule Friedrich-Harkort Westerbauer**  
Vorlage: 0184/2011

Abhandlung unter TOP 8

10. **Offene Ganztagschule**  
- **Anpassung der Finanzierung**  
- **Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen zum Schuljahr 2011/2012**  
Vorlage: 0222/2011

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass es noch nicht gelungen sei, in dieser Sache eine endgültige Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten herbeizuführen. Man habe dem Regierungspräsidenten den Vorschlag vor ca. fünf Wochen anlässlich seines Besuches in Hagen unterbreitet. Falls heute ein Beschluss gefasst werde, könne das nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bezirksregierung geschehen.

Herr Hermann führt in die Vorlage ein.

Herr Reinke zeigt sich im Namen seiner Fraktion sehr erfreut über die Vorlage. Er werde beiden Vorschlägen zustimmen. Er hakt nach wegen der noch nicht getroffenen Entscheidung der Bezirksregierung. Auch fragt er nach, ob es bezüglich des Zusatzes für Hohenlimburg bereits eine Überprüfung auf Realisation gebe.

Herr Dr. Schmidt verspricht, dass man sich bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag bemühen werde, eine Tendenzmeldung zu geben.

Frau Brkowski regt eine Ergänzung im Beschlussvorschlag an. Bei dem Zusatz zur Gruppenzahl und Gruppenstärke solle beim letzten Satz hinzugefügt werden „soweit räumlich möglich“. Es gebe Standorte, an denen eine weitere Aufnahme von Kindern aus Platzgründen nicht möglich sei.

Auf die Frage, um welche Einrichtung es dabei gehe, erklärt Frau Brkowski, dass es um eine Gruppe des Diakonischen Werkes gehe. Welche genau, könne sie derzeit nicht sagen.

Herr Koslowski spricht die geplante Erhöhung der Landesmittel an. Sei diese Erhöhung sicher? Die 40 wegfallenden Plätze müssten ja über diese Erhöhung kompensiert werden und die Kosten seien folglich damit bereits vorhanden. Gebe es ein Szenario, was passieren solle, wenn die Landesmittel nicht erhöht würden.

Herr Fischer berichtet, dass man in mehreren Gremien zusammengesessen habe und versucht habe, eine konstruktive Lösung zu finden. Man habe durch die Neueinstellung bzw. den Ersatz von Personal in der Tat erhöhte Kosten. Wenn diese nicht vom Land getragen würden durch Erhöhung der Landesmittel, sei wichtig, darauf zu achten, dass Kinder nicht nur in der Einrichtung „geparkt“ würden, sondern durch den Offenen Ganztage gefördert würden. Das müsse man im Blick halten. Man müsse das mit der Bezirksregierung beraten, da Stadt und Träger gemeinsam ein Konzept über notwendige Standards entwickelt hätten. Frage sei, ob das, was von der Stadt gewollt sei, auch wirklich zur Umsetzung kommen könne. Er vertraue noch darauf, dass alle Beteiligten im Interesse der Kinder und der Betreuenden die Planungen umsetzen.

Frau Helling entnimmt den gemachten Ausführungen, dass klar sei, dass der Bedarf in dem Bereich steigend sei. Lasse sich denn mit einer zeitnahen Auslastung dieser Plätze rechnen?

Herr Hermann antwortet, dass man bisher die Erfahrung gemacht habe, dass bei Ausweitung des Angebotes die Plätze schnell besetzt würden. Er sei da sehr zuversichtlich.

Herr Dr. Schmidt merkt zur Frage der Standards an, dass in Zeiten knapper Kassen die Verwaltung aufgefordert worden sei, den Offenen Ganztage billiger zu machen. Er bitte den Ausschuss um Unterstützung, was die Festlegung der Standards angehe.

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass sie die Aussage von Herrn Fischer unterstützen wolle. Wenn man sich das System anschau, käme man zu dem Ergebnis, dass dieses irgendwann aus allen Nähten platzen müsse. Sie warne davor, immer mehr Kinder in das System zu pressen. Dann müsse der Qualitätsstandard auf Dauer ganz sicher sinken. Das müsse unbedingt eine Übergangslösung sein.

Herr Fischer sieht das Problem nicht bei den steigenden Zahlen, sondern darin, dass man eine vernünftige Organisation mit einem angemessenen Personalschlüssel benötige. Den zusätzlichen Kindern, die den Bedarf hätten, solle geholfen werden. So könnten auch Folgekosten vermieden werden.

Frau Klos-Eckermann weist darauf hin, dass sie bei ihrem Wortbeitrag das räumliche Konzept angesprochen habe.

Herr Hermann zieht das Resümee, dass die Anregung von Frau Klos-Eckermann nicht von der Hand zu weisen sei. Zum Thema der Qualitätsstandards führt er aus, dass es den Offenen Ganztage seit dem Schuljahr 2003/2004 gebe. Seitdem seien die Fördersätze unverändert. Eine Erhöhung der Landesmittel sei überfällig.

Herr Strüwer fragt bezüglich der Grundschule Kley, ob man die Planung, weitere Teilnehmer in Räumlichkeiten der benachbarten Hauptschule unterzubringen, noch in dieses Konzept einbringen könne.

Herr Hermann verspricht, dass man sich darum bemühen werde. Er sehe aber keinen Hinderungsgrund. Er habe mit beiden Schulleitungen gesprochen. Diese sähen die Sache positiv. Das zöge natürlich bei einer zusätzlichen Gruppe auch einen höheren Eigenanteil der Stadt nach sich. Er schätze, dieser höhere Anteil läge zwischen 2.000 bis 4.000 €.

Herr Strüwer erklärt, dass man auch in einer Nothaushaltskommune wie Hagen einiges bewegen könne, wenn alle Beteiligten gewillt seien, an der Sache gemeinsam zu arbeiten. Es sei das Votum des Ausschusses, die positive Absicht an alle Beteiligten weiterzuleiten.

Er formuliert den veränderten Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

- 1.) Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung durch die Bezirksregierung.
- 2.) Den Inhaltsänderungen der Kooperationsvereinbarung wird zugestimmt.

Die Neufassung des § 2 Gruppenzahl und Gruppenstärke wird wie folgt ergänzt:

„Die Kooperationspartner erklären sich bereit, in den Grundschulen bis zu 3 Kinder je Gruppe ergänzend für die Stadt Hagen kostenfrei aufzunehmen (Überhangplätze), **soweit dies räumlich möglich ist.**“

- 3.) Ausgehend von der Beschlussergänzung der BV Hohenlimburg vom 06.04.2011 wird – sofern dies räumlich und organisatorisch möglich ist – in Räumen der benachbarten Hauptschule Hohenlimburg eine zusätzliche OGS-Gruppe (25 Plätze) für die Grundschule „Im Kley“ eingerichtet. Zum Schuljahr 2011/2012 würde dann das Angebot an OGS-Plätzen in den Grundschulen um insgesamt 220 Plätze erweitert.

Die Vorlage wird zum 31.07.2011 umgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Frau Klos-Eckermann fragt zu einer von Frau Haack angekündigten Folie „ Inklusion in Kindertagesstätten“, ob diese noch näher dargestellt werden könne.

Herr Steuber erklärt, dass Frau Haack eine aktuelle Analyse aus der März-Analyse aller Kindertagesstätten hätte präsentieren können. Jetzt sei sie leider nicht mehr anwesend. Die Präsentation könne gern nachgeholt werden (**siehe Anlage zu TOP 11**).

Ende des öffentlichen Teiles: 18.00 Uhr

gez. Willi Strüwer  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin